

Büro des Bürgermeisters

Eingel.
am **-21 Juni 2021**

Tgb.Nr. **26740** **16.15**

Wels, am 21. Juni 2021

J. Ho

INITIATIVANTRAG

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels spricht sich für die Ausweitung des vom Land OÖ initiierten Delogierungspräventionsprojekts „Kautionsfond“ auf das gesamte Land OÖ und damit auch auf die Region Wels-Stadt aus.“

Begründung:

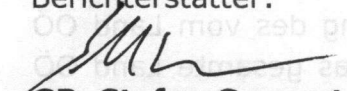
Mietrückstände, Kautionen oder Baukostenbeiträge - es gibt Menschen, die nicht in der Lage sind Wohnkosten in der erforderlichen Höhe zu leisten. Dies führt dazu, dass diese Personen in desolaten Wohnverhältnissen leben oder ihnen schlimmstenfalls eine Delogierung droht. In solchen Notsituationen haben die Träger der Delogierungsprävention gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen die erforderlichen Summen bisher in jedem Einzelfall aus verschiedenen Geldtöpfen und von unterschiedlichen Stellen zusammengesammelt. Dies war mit einem enormen administrativen und zeitlichen Aufwand verbunden.

Mit einem einjährigen Pilotprojekt wird seit Jänner 2021 daher im Innviertel und Salzkammergut eine neue und effizientere Form der Unterstützung erprobt. Die Finanzierung von Kautionen und Mieten im Rahmen der Delogierungsprävention des Landes wird künftig zwischen den Trägern der Delogierungsprävention und der Abteilung Soziales aufgeteilt. Die Mittel der Abteilung Soziales werden aus dem vorhandenen Fonds „Hilfe in besonderen sozialen Lagen“ gespeist.


Im Unterschied zum bisherigen Modell haben die Bezieherinnen und Bezieher nun auch die Möglichkeit, eine Unterstützung in Form eines nicht verzinsten Darlehens zu erhalten. Die Höhe der Unterstützung beträgt bei Mehrpersonenhaushalten maximal 2.000 Euro und bei Einpersonenhaushalten maximal 1.200 Euro im Jahr. Im Einzelfall können bis zu 50 Prozent davon als nichtrückzahlungspflichtige Unterstützung zur Auszahlung kommen.

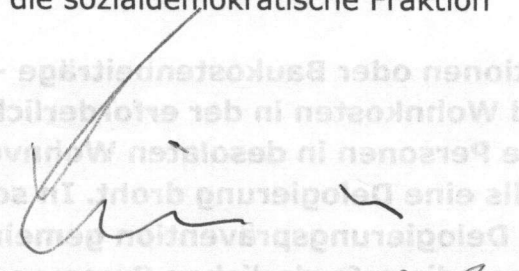
Gerade die Coronakrise hat zu einer deutlichen Verschärfung der Armutsgefährdung und drohenden Verlust von Obdach geführt. Auch bei Hausstandsgründungen von Jungfamilien oder veränderten Lebens- und Arbeitssituationen kann die Unterstützung durch ein nicht verzinstes Darlehen den Druck bei der Veränderung der Wohnungssituation lösen. Nach der positiven Evaluierung des derzeit laufenden Pilotprojektes soll diese innovative Form daher auch in den übrigen Regionen des Landes OÖ und damit auch in der Stadt Wels Menschen vor der Armutsgefährdung auf Grund von Wohnkosten stützen.

Berichterstatter:


GR. Stefan Ganzert

Für die sozialdemokratische Fraktion


SCHEINECKER


Gerald Stawitsch

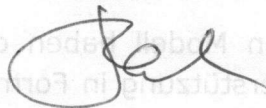
Beschluss des Gemeinderates

vom - 5. Juli 2021

Antrag

einstimmig - mit Stimmenmehrheit
angenommen - abgelehnt - zurückgestellt

Der Vorsitzende:



*Antrag 606b
Zurückstellung zu-
stimmig. Beschluss
nach Beratung.
und Diskussion*